



Jürgen Schmiesing

**1933 - Die Gleichschaltung des politischen
Katholizismus in Baden**
Ein Beitrag zur Geschichte der nationalsozialistischen
Machtübernahme

KIT Scientific Publishing

5. „Sitzungen im kleinsten Kreise” – Kommunalpolitik und Gleichschaltung

Publisher: KIT Scientific Publishing
Place of publication: Karlsruhe
Year of publication: 2013
Published on OpenEdition Books: 16 janvier 2017
Series: KIT Scientific Publishing
Electronic EAN: 9782821874282



<http://books.openedition.org>

Electronic reference

SCHMIESING, Jürgen. 5. „Sitzungen im kleinsten Kreise” – Kommunalpolitik und Gleichschaltung In.: *1933 - Die Gleichschaltung des politischen Katholizismus in Baden: Ein Beitrag zur Geschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme* [Online]. Karlsruhe: KIT Scientific Publishing, 2013 (Erstellungsdatum: 08 septembre 2023). Online verfügbar: <<http://books.openedition.org/ksp/1964>>. ISBN: 9782821874282.

5 „Sitzungen im kleinsten Kreise“ – Kommunalpolitik und Gleichschaltung

5.1 Das Ende der Zentrumspartei - Verbleiben der Mandatsträger

Am 5. Juli 1933 löste sich mit dem Zentrum die letzte große demokratische Partei in Deutschland auf. Die Abwicklung der Partei und ihrer gleichfalls aufgelösten Unter- und Nebenorganisationen nahm nur wenige Wochen in Anspruch. Dieser Schritt war ohne Zweifel ein schwerer Schlag für den politischen Katholizismus. Zur damaligen Zeit lag er allerdings in der logischen Konsequenz der Selbst-Gleichschaltung. Durch den Funktionsverlust der demokratischen Institutionen und die scheinbar erreichten politischen Ziele (kirchenpolitische Versprechungen, Reichskonkordat, versprochener Grundrechts- und Institutionenschutz) erschien die Weiterexistenz der Partei den Zeitgenossen als überflüssig. Ein Beharren darauf hätte die Ungnade der Obrigkeit angezogen.¹⁷²

Bis zum 5. Juli hatte die NSDAP auch bei den Vertretern des Zentrums auf eine Selbstausschaltung oder Gleichschaltung durch Rück- oder in Einzelfällen Übertritt gehofft. Auch um die Bevölkerung nicht unnötig zu beunruhigen und die Entstehung einer weiteren illegalen Opposition zu vermeiden (obwohl diese Gefahr unter den damaligen Umständen beim Zentrum gering war) hatten die Nationalsozialisten bislang vielfach noch auf harte Zwangsmaßnahmen gegen die Zentrumsleute verzichtet.¹⁷³ In einem kaum abschätzbaren, aber sicherlich nicht geringem Ausmaß hatte sich diese Taktik als erfolgreich erwiesen. Zu den Verlusten des Zentrums durch „freiwillige“ oder pseudolegal erzwungene Rücktritte kamen in vielen Gemeindevertretungen große Gewinne der Nationalsozialisten durch die Anwendung der Gleichschaltungsgesetze. Zur Durchsetzung des totalen Machtanspruches mussten allerdings auch die Reste der ehemaligen Oppositionspartei beseitigt oder gleichgeschaltet werden. Zu beachten ist hierbei, dass im Juni 1933 das Zentrum in einigen Ge-

¹⁷² Vgl. ebenda. S. 197f.

¹⁷³ Zu Diskriminierungen kam es allerdings, der allgemein bedrohliche Charakter des Regimes sorgte wohl für weitere Bedenken bei den Zentrumsleuten, vgl. Hourand: Gemeinden. S. 74, 81-85, 170f. In der Pfalz setzen schwere Verfolgungsmaßnahmen gegen Katholiken zeitlich mit dem SPD-Verbot ab Mitte Juni 1933 ein, vgl. Schepua: Provinz. S. 92.

meinden (wegen der guten Wahlergebnisse im März) immer noch die Mehrheit in den Vertretungen besaß. Handlungsbedarf bestand für die Nationalsozialisten daher sicherlich, große Eile war aber angesichts der gesicherten Machtpositionen nicht mehr nötig. Die Entscheidung fiel zugunsten einer von den Nationalsozialisten kontrollierten Umbesetzung der Zentrumsvertreter in den badischen Gemeindevertretungen anlässlich der Auflösung des Zentrums.

Das Verfahren hierfür wurde im „Vierten Gesetz zur Durchsetzung der Gleichschaltung in Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Lande Baden“ geregelt. Zunächst wurden z.B. seitens des Bürgermeisters (abhängig von der Ebene) Erkundigungen eingeholt, ob die Mandatsträger ihr Mandat von sich aus aufgeben wollten. Eine derartige Anfrage seitens einer (häufig) diktatorisch eingesetzten Obrigkeit dürfte oft das erwünschte Resultat erzielt haben. Somit konnten zunächst die Amtsinhaber, also erfahrene Politiker, zum Ausscheiden gedrängt werden.

Wie schon bei der Neubildung zur Umsetzung des Gleichschaltungsgesetzes wurden die Sitze für das Zentrum gemäß den Märzwahlergebnissen vergeben, Vorschläge sollten seitens der in Abwicklung befindlichen Partei gemacht werden. Diese Vorschläge unterlagen dem Vorbehalt der obrigkeitlichen Genehmigung. Gab es von „keiner Seite“¹⁷⁴ (sprich seitens der NSDAP) Einwände, konnte die Neubesetzung in dieser Form durchgeführt werden. Die Abgeordneten sollten dann in ein mehr oder minder abhängiges Verhältnis zur NSDAP überführt werden (s.u.). Dass dieses Verfahren demokratischen Standards Hohn spricht, bedarf keiner Verdeutlichung.

Zu dieser Verordnung gab es noch Zusatzbestimmungen. So kamen für das Zentrum keine Frauen, Personen über 60 Jahre, Gewerkschafter und Geistliche mehr als Mandatsträger in Frage. Schon bei einer oberflächlichen Betrachtung der Parteielite fällt auf, dass diese Vorgaben einer Enthauptung des Zentrums gleichkommen mussten.¹⁷⁵ Verständlicherweise führten die Umbesetzungen zu großem Verhandlungsbedarf.

Geführt werden sollten diese Verhandlungen durch sogenannte Vertrauensmännergremien von Vertretern der NSDAP und des aufgelösten Zentrums. Den Vertretern des Zentrums ist in der Forschung eine „Statistenrolle“¹⁷⁶ im „Theater“ dieser Gleichschaltungsmaßnah-

¹⁷⁴ Vgl. Hourand: Gemeinden. S. 175.

¹⁷⁵ Vgl. Morsey: Untergang. S. 35, 39.

¹⁷⁶ Vgl. Hourand: Gemeinden. S. 175f.

me zugesprochen worden. Eine Überprüfung des Schmerbeck-Nachlasses ist in diesem Fall von besonderem Interesse. Schmerbeck war zum Vertrauensmann für den Amtsbezirk Karlsruhe ernannt worden. Bei seinen Aufzeichnungen hierüber dürfte es sich um eine zumindest seltene Innenansicht der Arbeit eines Vertrauensmannes handeln.

5.2 Vertrauensmänner - Statisten der Gleichschaltung?

In seiner umfangreichen und quellenmäßig außerordentlich reichen Arbeit zur Gleichschaltung der badischen Gemeinden bezeichnet Hourand die Vertrauensmänner des Zentrums als Statisten bzw. stellt sie als Marionetten der NSDAP dar. Sie hätten gegen das Versprechen einer weiteren vertrauensvollen und friedlichen Zusammenarbeit daran mitgearbeitet, den Nationalsozialisten nicht genehme Kandidaten zum Rücktritt zu bewegen. Für die von ihm untersuchten Beispiele gelingt es Hourand, weitgehend überzeugende Nachweise zu erbringen. Teilweise wandten die Vertrauensmänner durchaus Druck auf von den Nationalsozialisten beanstandete „Kandidaten“ an. Weitestgehend sei die Gleichschaltung daher problemlos im Sinne der Nationalsozialisten verlaufen, nur in wenigen Gemeinden hätten sie Zwangsaufösungen durchführen müssen, wie sie für den Fall von Uneinigkeit zwischen den Lagern vorgesehen waren.¹⁷⁷

Kritik ist an Hourands Befunden in zwei Punkten zu üben. Zum einen ergibt sich bei ihm trotz der Vielzahl der genutzten Quellen nur ein unvollständiges Bild. Material aus größeren Städten, u.a. aus Karlsruhe, wie es mit dem Schmerbeck-Nachlass vorliegt, ist zu diesen Themen kaum erhalten.¹⁷⁸ Gerade für Karlsruhe allerdings bietet sich ein etwas anderes Bild. Zum anderen könnte die Beurteilung der sicherlich problematischen Handlungsweise der Vertrauensmänner zu kurz gegriffen sein. Anhand von Schmerbecks Darstellungen seiner Tätigkeit sollen hier daher Einschränkungen zu Hourands Ergebnissen formuliert werden.

Schmerbeck wurde durch Mitteilung des badischen Innenministers vom 28. Juli 1933 zum Vertrauensmann für den Bezirk Karlsruhe ernannt.¹⁷⁹ Ihm oblag somit die Verhandlungs-

¹⁷⁷ Vgl. ebenda. S. 175ff.

¹⁷⁸ Hourands Arbeit bezieht sich im Wesentlichen auf die ländlicheren Amtsbezirke.

¹⁷⁹ Die Mitteilung war wohl ein Formblatt, die Formulierungen decken sich mit dem von Hourand verwendeten Exemplar, vermutlich der Vorlage. Überraschend kam die Mitteilung nicht, sie war offensichtlich das Ergebnis einer Absprache mit NSDAP-Kreisleiter Worch. Vgl. Nachlass Schmer-

führung für die Gemeinden im Amtsbezirk, in denen es eine Gemeindevertretung mit Zentrumsbeteiligung gab. Dieselbe Aufgabe hatte er bereits längere Zeit auch für die Stadt Karlsruhe selbst.

Im Protokoll einer Besprechung mit dem zuständigen Landrat bietet sich ein interessantes Bild. In der Gemeinde Forchheim war der Prozess schon längst abgeschlossen, die Nationalsozialisten hatten nach dem Rücktritt der Zentrumsleute einfach NSDAP-Nachfolger ernannt. In anderen Gemeinden war das Verhältnis für die Nationalsozialisten schlichtweg unproblematisch, da sie in beiden Kammern mindestens die absolute Mehrheit hielten. Daher gab es offensichtlich keine größere Diskussion um die Neubesetzung.¹⁸⁰

In einer Gemeinde waren allerdings zwei Listen seitens des Zentrums eingereicht worden. Weniger die Listen als vielmehr das zugrunde liegende Wahlergebnis schien den Nationalsozialisten Anlass zu bieten, in diesem Fall zu intervenieren. Nur in diesem Ort hatte die NSDAP im März schlechter abgeschnitten als das Zentrum. Allerdings hatte auch die als Reaktion von den Nationalsozialisten erstellte Liste Schwierigkeiten im Innenministerium, was beim Ortsgruppenleiter Dold für Aufregung sorgte: „Er ist außerordentlich erbost, dass seine Liste noch nicht anerkannt ist und kann nicht begreifen, dass noch einmal Besprechungen mit Vertretern des ehemaligen Zentrums nötig sein sollen.“

Schmerbeck trat daraufhin in Verhandlungen mit dem hierfür bevollmächtigten Propagandaleiter der Kreisleitung, Schmitt. Bei Garantie eines Sitzes für das Zentrum sollten beide Listen zurückgezogen und vor Ort verhandelt werden: „Kommen die örtlichen Verhandlungen zu keinem Ergebnis entscheiden Schmitt und ich endgültig.“ An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr die Gültigkeit der Polykratie-These gerade auch für die kommunale Ebene. Die Gleichschaltung war in der Praxis nicht gleichförmiges obrigkeitliches Handeln. Vielmehr verlief sie unter den Bedingungen systemimmanenter regimointerner Konkurrenz und Kompetenzverwirrungen.

beck Ordner Parteipolitik Brief des Innenministeriums vom 28. Juli sowie handschriftlicher Eintrag zum 1. August.

¹⁸⁰ Generell ist zu sagen, dass die hohen NSDAP-Wahlergebnisse im Raum Karlsruhe Schmerbeck die Arbeit erleichtert haben dürften, da es den Nationalsozialisten leichter fiel, einige Zentrumsitze zuzugestehen, vgl. Nachlass Schmerbeck, Ordner Parteipolitik Einträge zum 1. August 1933 und Folgetage.

Über das Ergebnis dieser Verhandlungen informierte sich Schmerbeck beim zuständigen Bürgermeister. Die Beschlussfassung lautete nach Schmerbeck folgendermaßen:

„1. Die Zentrumsleute verzichten auf ihr Mandat.

2. Es wird der Kreisleitung der NSDAP anheim gestellt, ob sie Personen aus den Reihen der ehem. Zentrumspartei berücksichtigen will.

3. Die bisherigen Mandatsträger waren sorgfältig und gewissenhaft ausgewählt. Zusätzlich wird ein Landwirt Frank, (sic!) Sohn 46 Jahre EK1+2 vorgeschlagen.

4. Die Annahme etwaiger Mandatsangebote wird von der Zusammensetzung der Gesamtliste abhängen.“

Die evtl. Berücksichtigung war ein vages Versprechen, allerdings war die generelle Eignung der vorgeschlagenen Kandidaten festgehalten worden. Der Verweis auf die Kriegsauszeichnungen des zusätzlichen Kandidaten könnte auf die Verhandlungstaktik des Zentrums schließen lassen, welches diese als Beweis für die nationale Zuverlässigkeit der Kandidaten anführte.

Die von Hourand beschriebene Rolle des Vertrauensmannes zeigt sich an diesem Beispiel nicht. Statt nach dem Motto „Ruhe um jeden Preis“ Druck auf die ehemaligen Zentrumsanhänger auszuüben, wandte sich Schmerbeck in diesem Fall an die übergeordneten NSDAP-Stellen, um eine Lösung herbeizuführen. Ob im Ergebnis dadurch ein großer Unterschied vorlag, ist schwierig zu klären. Eine Rolle als Erfüllungsgehilfe nahm der Vertrauensmann in diesem Fall allerdings nicht ein.

Für die Tätigkeit als Vertrauensmann in Karlsruhe ist zu sagen, dass die Zentrumsvorschläge seitens der NSDAP bewilligt wurden.¹⁸¹ Veränderungen gab es gegenüber der vorherigen Umbildung insofern, als zwei Bürgerausschussmitglieder ausgewechselt wurden. Eine Abgeordnete schied wohl aus Angst vor evtl. Repressalien aus, ein anderes Mitglied war schon Wochen vorher aus Partei und Fraktion ausgetreten und hatte seinen Rücktritt erklärt. Hier lag wohl ein Fall von präventiver Entpolitisierung der eigenen Person vor. Alle übrigen bisherigen Mitglieder erklärten den Willen zur weiteren Ausübung des Mandats, die ihnen offensichtlich zugestanden wurde. Offensichtlich war dieser Sachverhalt in Vorverhandlungen abgeklärt worden. Für den zu diesem Zeitpunkt in Kur weilenden Schmerbeck konnte Reinhold Frank daher die Vertretung übernehmen. Angesichts

¹⁸¹ Relevant sind die Einträge ab dem 17. Juli 1933 im Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik.

der Tatsache, dass somit auch ein späteres Mitglied des Goerdeler-Kreises (der schon damals bezüglich seiner Ansichten nicht unverdächtig gewesen sein dürfte) das Vertrauensmännerverfahren überstand, zeigt sich wiederum die eingeschränkte Gültigkeit der Hourandschen Forschungsergebnisse. Dafür spricht auch, dass bei „freiwilligen Rücktritten“ bzw. weiblichen Abgeordneten die nicht vorgeschriebene Besetzung mit einem Ersatzmann zugestanden wurde.

Dass die Arbeit als Verbindungsmann durchaus problembehaftet war, zeigt sich an der Korrespondenz, die Schmerbeck mit den Inhabern dieses Posten im Land- und Reichstag, den Abgeordneten Schwan und Hackelsberger, unterhielt. Sie verdeutlichen neben dem mangelhaften Informationsfluss¹⁸² vor allem auch das durchaus vorhandene Bemühen des Vertrauensmannes Schmerbeck um die verbliebenen Einflussmöglichkeiten.

In seinen Bemühungen, die Arbeit der Vertrauensmänner in Baden zu koordinieren, rief Schwan diese zur konstruktiven Zusammenarbeit auf. In Problemfällen bot er seine Vermittlung an. Ziel sei die Zusammenarbeit „aller aufbauwilligen Kräfte“. Weiterhin wurde also in der Kategorie der „nationalen Arbeit“ gedacht.¹⁸³ Um reine Selbstgleichschaltung handelte es sich aber bei diesen Handlungsanweisungen nicht, denn auch die Konsequenzen scheiternder Verhandlungen waren von Schwan berücksichtigt. Er war sich bewusst, dass die Nationalsozialisten in diesem Falle eigenmächtige Neubesetzungen durchführen würden. Dass diese weniger vorteilhaft ausfallen würden als das Vertrauensmännerverfahren, auf das die Zentrumsleute immerhin noch einen Rest Einfluss ausüben konnten, war absehbar.¹⁸⁴ Die Entschlossenheit der Nationalsozialisten bei der Umbildung unterschätzte

¹⁸² Schwan war nicht über die Namen der badischen Vertrauensleute informiert. Hackelsberger wies Schmerbeck auf Anfrage an, analog zum Reichstag vorzugehen. Die Beschwerde Schmerbecks, es sei „außerordentlich peinlich, bei der weiteren Entwicklung ausschließlich auf die Informationen der NSDAP angewiesen zu sein“, ist bezeichnend für den internen Informationsfluss. Vgl. Briefe Schwan an Schmerbeck vom 20. Juli 1933 (Ordner Kommunalpolitik) und vom 19. August 1933 (Ordner Parteipolitik) sowie Schmerbeck an Hackelsberger vom 16. Juli 1933 (Ordner Kommunalpolitik).

¹⁸³ Da es sich um interne Papiere handelt, ist davon auszugehen, dass diese Begründung nicht vorge-schoben war.

¹⁸⁴ Die Missachtung des tatsächlichen politischen Willens der Bevölkerung durch die Nationalsozialisten zeigt sich etwa in obrigkeitlichen Einsetzungen nicht gewählter Bürgermeisterkandidaten der NSDAP, Fallbeispiele vgl. Karl Heinz Nesper: Die Gleichschaltung setzte der Demokratie ein rasches Ende, in: Unser Land 2009. S. 195-197.

Schwan ebenfalls nicht. Hoffnungen, bereits erzwungene Umbildungen zu revidieren, dämpfte er zunächst deutlich und erteilte ihnen bald darauf eine Absage. Im Vertrauensmännerverfahren versuchte er für seine Partei an Einfluss zu retten, was eben noch zu retten war. Dieses Handeln wurde auch als allgemeinwohlorientiert betrachtet. Die Sicherstellung der politischen und konfessionellen Repräsentation sah er als Voraussetzung für „eine wahre Befriedung der Bevölkerung, die ja von allen Einsichtigen gewünscht wird“. Diese Repräsentation sei auch anzustreben, wenn die Nationalsozialisten die Vorschläge des Zentrums komplett ablehnten.

Ein weiterer Faktor zeigt, dass die Aufgabe der Vertrauensleute von diesen nicht allgemein darin gesehen wurde, schnell und ruhig für eine systemkonforme Umbesetzung zu sorgen. Schmerbeck fragte etwa an, ob man die Umbesetzung nicht auch zur Berufung geeigneterer Kräfte nutzen könnte.¹⁸⁵ Offensichtlich waren beim Jungzentrumsmann Schmerbeck die Vorstellungen von einem Rückgewinn politischer Handlungsfähigkeit durch jüngere Kräfte nicht erloschen.¹⁸⁶ Hierin und in persönlichen Animositäten könnten auch bei anderen Vertrauensmännern Gründe für die Hartnäckigkeit der an Mandatsinhaber gestellten Rücktrittsforderungen bestanden haben. Leider fand diese mögliche Motivation bei Hourand keine Berücksichtigung.

Im Falle der Stadt Bruchsal zeigt sich ein weiterer interessanter Fall. Hier gab es einen Konflikt zwischen der ehemaligen Ortspartei und dem für sie bestellten Verbindungsmann.¹⁸⁷ Umso ernster wurde dieses Problem durch die Zwangsmaßnahmen, die die Nationalsozialisten zur Umbesetzung trafen. Schmerbeck, inzwischen auch zum Verbindungsmann für den ganzen Landeskommisärbezirk Karlsruhe ernannt, wurde zur Vermittlung angefordert, da (mindestens) einer der ehemaligen Zentrumsabgeordneten Widerstand gegen die Auflösung leistete. Seitens der NSDAP gab es allerdings keine Bereitschaft zur

¹⁸⁵ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Brief Schmerbeck an Hackelsberger vom 16. Juli 1933.

¹⁸⁶ Offensichtlich hatten diese Vorstellungen die Parteiauflösung überlebt. Zuvor war diese Vorstellung verbreitet gewesen, vgl. Morsey: Untergang. S. 166.

Zu beachten ist, dass die Vertrauensmänner z.T. sehr jung waren. Schwan war etwa das jüngste Zentrums-MdL in Baden, vgl. Gerd Hepp: Schwan, Anton, in: Bernd Ottvad (Hg.): Badische Biographien NF Bd. 2. Stuttgart 1987. S. 254.

¹⁸⁷ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Parteipolitik Brief Schwan an Schmerbeck vom 28. August 1933.

Zusammenarbeit, die Berufung eines Vermittlers war daher wohl zur Beruhigung des Zentrums gedacht. Die Nationalsozialisten verlegten sich auf eine Verzögerungstaktik, so dass die Angelegenheit aus Sicht des Zentrums im Sande verlief.¹⁸⁹

Zusammenfassend zeigt sich für die Vertrauensmänner, dass Hourands Forschungsergebnisse in der Tendenz sicherlich richtig und an einigen Beispielen belegbar sind. Anhand des hier bearbeiteten Materials zeigt sich allerdings, dass diese Beurteilung nicht zu absolut gesetzt werden darf. Durch die Art des von Hourand verwendeten Materials fehlten die oben genannten Fälle und damit die hier aufgestellten Analyse Kriterien. Dieses Kapitel ist somit nicht als Widerlegung der bisherigen Forschung zu sehen, sondern als notwendige Ergänzung des Gesamtbildes. Es bleibt die Folgerung: Es gab durchaus wohlbegründetes und leidlich erfolgreiches Handeln der Vertrauensmänner. Ihre Möglichkeiten waren aber nach Lage der Dinge begrenzt, Schadensbegrenzung stand auf dem Programm.

5.3 Die Zentrumsfraktion nach der Parteiauflösung

Die umbesetzten Zentrumsabgeordneten sollten stärker an die NSDAP gebunden werden. Meist geschah dies analog zum Reichstag durch die Ernennung zu Fraktionshospitanten. Interessanterweise wurde dieses Verfahren in Karlsruhe anfangs seitens der NSDAP abgelehnt. Ob hier Angst vor einer Verwässerung der Partei¹⁹⁰ oder schlicht Misstrauen herrschte, ist leider nicht belegbar. Allerdings musste ein wichtiger Grund für diese ausdrückliche Abweichung von der Routine bestehen.¹⁹¹

Zur organisatorischen Erleichterung wurde den somit fraktionslosen Zentrumsmännern die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zugestanden.

¹⁸⁹ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Parteipolitik Mitteilung des Landeskommissärs vom 16. September 1933, sowie der darauf folgende Schriftwechsel mit der Kreisleitung Bruchsal.

¹⁹⁰ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Eintrag zum 17. Juni 1933, NSDAP-Kreisleiter Worch äußerte demnach allgemeine Befürchtungen vor einer Unterwanderung der NSDAP durch die Mitgliederschwemme.

¹⁹¹ Im Vergleich mit der regionalen Forschung in der Pfalz zeigt sich hier wiederum die starke Einzelfallabhängigkeit. Hier wurden vielfach Rücktritte erzwungen, Übernahmen in die NSDAP-Fraktion waren selten, geduldete Fraktionslosigkeit die absolute Ausnahme, vgl. Schepua: Provinz. S. 222.

Die zunächst abgelehnte Überführung in ein Hospitantenverhältnis geschah kurze Zeit später,¹⁹² wohl in Folge eines Strategiewechsels der NSDAP. Diese Entscheidung ist nicht zu unterschätzen. Die Arbeitsgemeinschaft musste schließlich als institutionelle Fortsetzung der Partei wahrgenommen werden, widersprach also den nationalsozialistischen Zielen. Diese Entscheidungen der Nationalsozialisten lagen immer noch im bereits erwähnten Spannungsfeld: die endgültige Ausschaltung des politischen Katholizismus stand noch aus, die Herrschaftskonsolidierung der NSDAP war allerdings noch nicht völlig abgeschlossen. Die Anhängerschaft des aufgelösten Zentrums mit übereilten Aktionen zu verärgern, war nicht ratsam. Die Überführung der ehemaligen Zentrumsleute in ein Hospitantenverhältnis zur NSDAP-Fraktion konnte daher eine scheinbare Kontinuität und Einbindung der Katholiken in den „neuen Staat“ schaffen.¹⁹³ Einkalkuliert war dabei sicher auch, dass so Zentrumspolitiker für die NSDAP gewonnen werden konnten.¹⁹⁴ Ein solches Umschwenken hätte sicherlich Eindruck auf deren Anhänger gemacht. Die vorgespülte Kontinuität hatte allerdings wohl Vorrang.

Zu beachten ist mit Blick auf die Arbeitsgemeinschaft der Zentrumsleute auch, dass sie eigentlich ein genehmigter Bruch des Gesetzes über die Auflösung der Parteien war. Dieses Gesetz stellte die Neugründung oder Weiterführung aufgelöster Parteien unter Strafe. Als Hospitanten hatten die Zentrumsleute keine Begründung mehr für Koordinierungsgespräche ihrer „Arbeitsgemeinschaft“. Ihre privaten Zusammenkünfte konnten nunmehr im Bedarfsfall von den Nationalsozialisten zu Belegen für Verstöße gegen das Parteiengesetz konstruiert werden. Persönliche Treffen zwischen den einzelnen Stadträten gab es, inhaltliche Berichte darüber fehlen allerdings aus naheliegenden Gründen.¹⁹⁵ Dass es auch

¹⁹² Zu beachten ist, dass Schmerbeck ausdrücklich notierte, dass die Überführung ohne Antrag und auf Initiative der NSDAP geschah, vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Parteipolitik Eintrag zum 23. August 1933. Nach Angaben des Bürgerausschussmitgliedes Sprauer gab es über den Hospitantenstatus bei den ehemaligen Zentrumsleuten verschiedene Meinungen, vgl. Kießner: Widerstandskreis, S. 6.

¹⁹³ Die vorherige Ablehnung des Hospitantenverhältnisses durch die Nationalsozialisten war wohl eher ein Ausdruck von improvisierten Vorgehensweisen und lokalen Eigenmächtigkeiten.

¹⁹⁴ Die Zusammenarbeit mit und in der NSDAP-Fraktion ist Thema eines folgenden Kapitels.

¹⁹⁵ Die damaligen Kommunalpolitiker trafen sich auch nach Abschluss der Gleichschaltung zum Gedankenaustausch über politische Themen, vgl. Kießner: Widerstandskreis, S. 6. Dass in der Anfangszeit des Regimes keine Treffen zu politischen Themen stattgefunden haben sollten, ist daher unwahrscheinlich.

Treffen gab, die den Vorwurf einer Weiterführung der Parteiorganisation zumindest teilweise rechtfertigten, ist angesichts eines brieflichen Hinweises des badischen Innenministeriums auf das entsprechende Verbot anzunehmen.¹⁹⁶ Wie die Arbeit der Zentrumsmitglieder als Hospitanten innerhalb der Fraktion ablief, ist Thema der nächsten Kapitel.

5.4 Die Arbeit in den politischen Gremien

Im Rahmen dieses Kapitels soll überprüft werden, welche Arbeit in den gleichgeschalteten politischen Entscheidungsgremien tatsächlich noch geleistet werden konnte. Als Beleg hierfür bietet sich die Arbeit im Karlsruher Stadtrat an.

Methodisch empfiehlt sich ein Vergleich zwischen der Schmerbeck'schen Darstellung dieser Vorgänge mit den Protokollen der Sitzungen. Letztere sind leider nur zum Teil und nur in Form von (wohl geringfügig überarbeiteten) Protokollberichten im Karlsruher Stadtarchiv erhalten geblieben. Da es hier allerdings weniger um die Untersuchung der kommunalpolitischen Inhalte als vielmehr um eine Analyse der dort gepflegten politischen Kultur geht, ist die Aussagekraft dieser Quellen völlig hinreichend.

Den ersten Schritt bildet eine Überprüfung der politischen Konzeptionen der Zentrumsfraktion auf ihre Umsetzbarkeit.

5.4.1 Einfluss durch persönlichen Kontakt

Wie bereits erläutert, sah Schmerbeck als Fraktionsführer des Karlsruher Zentrums die einzige Möglichkeit zur effektiven Vermittlung katholischer Anliegen im engen persönlichen Kontakt zur NSDAP-Fraktion. Zu diesem Zwecke kam es zur Fühlungnahme vor allem mit dem NSDAP-Fraktionsführer und Kreisleiter Willi Worch. Schmerbeck fertigte kurze Gedächtnisprotokolle dieser Sitzungen an.

Bereits zwei Tage vor seiner Ernennung zum Fraktionsführer (am 6. Mai 1933) kam es zu einem Gespräch zwischen Schmerbeck, Worch und dem Führer der „Kampffront“-Fraktion,¹⁹⁷ Ferdinand Lang.¹⁹⁸ Zustande gekommen war das Gespräch auf Initiative

¹⁹⁶ Nachlass Schmerbeck Ordner Parteipolitik Brief des Innenministeriums an Schmerbeck vom 2. August 1933.

¹⁹⁷ Gelistet war die Fraktion als Vereinigte Wählergruppe der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Dt. Staatspartei, Dt. Volkspartei und Evangelischem Volksdienst. Lang war als Angehöriger der Kampffront allerdings einziger Mandatsträger.

Worchs. Als Ansprechpartner bot sich Schmerbeck vermutlich nicht nur durch den ersten Platz auf der Zentrumsliste an. Im Laufe des Gesprächs bemerkte Worch, dass er sich über die neuen Zentrumsabgeordneten freue, denn „mit den alten hätte er nicht mehr verhandelt.“ Neben der jahrelangen kommunalpolitischen Gegnerschaft mit den alten Zentrumsleuten ist hinter dieser Aussage die Generationenfrage zu vermuten. Worch hielt die neuen jüngeren Zentrumsabgeordneten wahrscheinlich für zugänglicher und im Hinblick auf „nationale Fragen“ empfänglicher. Er teilte mit ihnen schließlich nicht nur ungefähr das Alter, sondern auch den Erfahrungshintergrund der gemeinsamen Sozialisierung durch die Teilnahme am Weltkrieg.

Das Gesprächsprotokoll vermittelt den Eindruck einer etwas gespannten Gesprächsatmosphäre. Während Lang versuchte, seine Missstimmung über den Ablauf der Umbesetzung zum Ausdruck zu bringen,¹⁹⁹ verdeutlichte Worch klar die Machtstellung der NSDAP. Die beiden anderen Parteien seien in der Bürgermeisterwahl völlig frei, denn „die Wahl sei ja auch ohne unsere Stimmen (die des Zentrums, J.S.) gesichert“. Diese sicherlich richtige Analyse Worchs zeigt deutlich, dass er sich der Befürchtungen bei den politischen Gegnern bewusst war. Allerdings war er in diesem Fall nicht daran interessiert, durch Drohungen Einstimmigkeit zu erzwingen. Vielmehr scheint es sich um eine Selbstdarstellung der „Gewinnerseite“ zu handeln, die die Vertreter der anderen Parteien beeindrucken sollte. Auch ansonsten dominierte der Nationalsozialist das Gespräch.

Im Sinne seiner generellen Strategie versuchte Schmerbeck, die Besetzung der Kommissionen vorab zu klären und abstimmungsreif vorzubereiten, um der erdrückenden NS-Übermacht im Stadtrat weniger Möglichkeiten zu geben. Worch zeigte sich in dieser Hinsicht kooperativ und sagte zu, ein dementsprechendes Treffen der Fraktionsführer mit den neuen Bürgermeistern zu organisieren. Zu diesem Treffen kam es allerdings erst (nach einem Nachhaken Schmerbecks bei Bürgermeister Jäger) am 8. Juni, also nach über einem Monat. Ein Treffen zur Besetzung der Ausschüsse am 1. Juni fand nicht statt, da Worch die vorher laufende Stadtratssitzung bereits vor deren Ende verlassen hatte. Interessanterweise war die Einladung zu dieser Besprechung erst am Vormittag des gleichen Tages mit

¹⁹⁸ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Eintrag zum 6. Mai 1933.

¹⁹⁹ In einem Privatgespräch vor der Besprechung erläuterte er Schmerbeck gegenüber, dass die Kampffront sich bereits mit der NSDAP habe vereinigen wollen. Da Lang in diesen Fall nicht zur Wahl aufgestellt worden wäre, wählte die Kampffront das Zusammengehen mit anderen moderateren Rechtsparteien, ein interessanter Konflikt im rechtsextremen Spektrum Karlsruhes.

dem Vermerk „Eilt!“ bei Schmerbeck eingegangen. Angesichts der vorangegangenen Verzögerung ist tendenziell eher von einer Zermürbungstaktik als von schlichter organisatorischer Unfähigkeit der Nationalsozialisten auszugehen.

Vermutlich kam die Vorbesprechung der Ausschussbesetzung letztlich nur aufgrund einer von der Zentrumsfraktion eingesandten Vorschlagsliste vom 6. Juni zustande. Diese wurde am 8. Juni mit den Bürgermeistern besprochen. Da die Benachrichtigungen über die Ernennung zu Ausschussmitgliedern das gleiche Datum tragen, ist davon auszugehen, dass die Liste am 6. Juni nach langem Abwarten unter Zeitdruck und unaufgefordert eingesandt wurde, um endlich die versprochene Vorbesprechung herbeizuführen. Somit verdichten sich die Hinweise auf eine Verzögerungstaktik der Nationalsozialisten. So stellten diese klar, welche Stellung das Zentrum in ihren Augen künftig einnehmen sollte. Dass die Nationalsozialisten bewusst den städtischen Disziplinarausschuss für sich reservierten, zeigt ebenfalls, dass die Kommissionsbesetzung von den Nationalsozialisten durchaus durchgeplant war. Schließlich stand ihnen hiermit ein wertvolles Disziplinierungsinstrument zur freien Verfügung.²⁰⁰

Generell und schon ohne inhaltliche Prüfung ist zu sagen, dass allein die Zahl der Treffen mit Worch, von denen Schmerbeck berichtet, eher gegen einen Erfolg seiner Strategie der persönlichen Beeinflussung spricht. Was ließ Schmerbeck trotz der oben beschriebenen Missachtung seitens der Nationalsozialisten an seiner Strategie festhalten? Festzuhalten ist, dass er angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der damals weitgehend gefestigten Diktatur der NSDAP keine Alternative hatte. Eine Abwahl oder ein Überstimmen der NSDAP-Fraktion war unmöglich. Daneben scheint es dem NSDAP-Kreisleiter Worch aber auch gelungen zu sein, Schmerbeck den Eindruck zu vermitteln, seiner Person und seinen Ansichten immerhin Beachtung zu zollen. Im Verlauf der Gespräche zog Worch Schmerbeck nach dessen Angaben auch ins Vertrauen und berichtete ihm über seine persönlichen Ansichten und den inneren Zustand der NSDAP. Schmerbeck fand die so gewonnenen Erkenntnisse sichtlich mitteilenswert. Worchs Offenheit erschien ihm wohl als Vertrauensbeweis.²⁰¹ Dazu trug offensichtlich bei, dass Worch derartige Unterhaltungen nur in Abwesenheit Langs aufnahm. Zur Verdeutlichung seien dessen Bemerkungen im Folgenden

²⁰⁰ Der Zweck dieses Vorgehens war der Zentrumsfraktion durchaus bewusst, vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Bericht über Fraktionssitzung vom 3. Juni 1933.

²⁰¹ Schmerbeck bezeichnete die Unterhaltung als vertrauensvoll geführt und interessant, Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Eintrag zum 24. Juli 1933.

kurz zusammengestellt. Worch sah das Reich zur damaligen Zeit durchaus neuer Kriegsgefahr ausgesetzt. Als erfreulich bezeichnete er es unter diesen Umständen, dass Polen und Italien von Angehörigen der „Frontgeneration“ regiert würden.²⁰²

Am 17. Juni kritisierte der Kreisleiter die angeblich drohende Durchsetzung der NSDAP mit nicht linientreuen Personen, angesichts der Mitgliederexplosion und der später folgenden Aufnahmesperre eine sicherlich korrekte Analyse.

Worchs weitere Berichte über die inneren Zustände der NSDAP sind schon fast als indiskret zu bezeichnen. Zu bemerken ist allerdings, dass sie z.T. schwierig zu belegen sein dürften bzw. späteren Darstellungen eindeutig widersprechen. Neben Hintergründen zur Behandlung der NS-Stadträte durch ihre Zentrumskollegen vor der Machtergreifung äußert sich Worch zur angeblich nicht beabsichtigten Entlassung des Zentrumsbürgermeisters Schneider. Belegbar sind Worchs Angaben über die exzellenten Beziehungen des badischen Gauleiters Wagner zu Hitler.²⁰³ Sich selbst schrieb er einen ähnlich guten Draht zum Gauleiter zu.²⁰⁴ Angesichts dieser Behauptungen (die für Schmerbeck schwerlich nachprüfbar waren) ist anzunehmen, dass die Gespräche vor allem dazu dienen sollten, Schmerbeck zu beeindrucken. In der nicht von der Hand zu weisenden Annahme, dass Worch hierbei erfolgreich war,²⁰⁵ liegt somit der zweite Grund für die Weiterführung der Einflussnahme durch persönliche Gespräche.

²⁰² Dieser Punkt belegt noch einmal die bereits hypothetisch angenommene Bedeutung dieses Faktors für Worch, vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Eintrag zum 17. Juni 1933. Pilsudski ist allerdings wohl eher durch seine Sozialisation als durch sein Alter zur „Frontgeneration“ zu rechnen.

²⁰³ Wagner hatte als Ausbilder an der Militärakademie am Hitlerputsch teilgenommen und dadurch seine bürgerliche Existenz verloren. Dennoch engagierte er sich sofort wieder im Aufbau von Partiestrukturen in Baden, vgl. Ludger Syre: Der Führer am Oberrhein. Robert Wagner Reichsstatthalter in Baden und Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, in: Kißener, Scholtyseck (Hg.): Führer. S. 733-779, 739-741.

²⁰⁴ In einer Biographie Worchs wird dieser Ansicht fundiert widersprochen, vgl. Manfred Koch: „Überzeugter Nationalsozialist eigener Prägung“. Willi Worch, NSDAP-Kreisleiter von Karlsruhe, in: Kißener, Scholtyseck (Hg.): Führer. S. 805-826, 810.

²⁰⁵ Die Ausführlichkeit der Notizen Schmerbecks spricht ebenfalls eher für diese Annahme. Hätten die Ausführungen Worchs keinen Eindruck bei ihm hinterlassen, hätte Schmerbeck sich nicht zur Überlieferung veranlasst gesehen.

Auch in anderem Rahmen fanden sich die ehemaligen Zentrumsabgeordneten mit Vertretern der NSDAP zusammen, um informelle Kontakte zu pflegen. Diese Treffen fanden ab Ende August 1933 vor allem in der Gaststätte Wolf statt.²⁰⁶

Neben dieser Taktik blieb dem Zentrum nur eine weitere Hoffnung, ihre Positionen in die Kommunalpolitik einbringen zu können: Sie mussten auf ein kommunalpolitisches Versagen der Nationalsozialisten hoffen. In diesem Fall hätten diese aus der Not heraus auf die erfahreneren Kräfte des Zentrums zurückgreifen müssen.²⁰⁷

5.4.2 Hoffnung auf kommunalpolitisches Versagen der NS-Amtsträger

Die Hoffnung der Zentrumsleute war keineswegs unbegründet, schließlich zeigten die NSDAP-Abgeordneten und -funktionäre oft keine allzu großen politischen Fähigkeiten.²⁰⁸ Die Erfahrungen in den Jahren der Weimarer Republik hatten diesen Eindruck bestätigt, schließlich demonstrierten die Nationalsozialisten ihr Desinteresse an der Mitarbeit in den jeweiligen Vertretungen gern bei sich bietender Gelegenheit. Ihr damaliges Primärziel war die Schürung des Protestpotentials, das ihnen den Weg zur Macht ebnen sollte. Die Sitze in den Parlamenten wurden daher passiv als Instrument zur Krisenverschärfung durch Blockade oder aktiv zur Selbstdarstellung durch Propaganda genutzt. Konstruktive Mitarbeit war kaum zu erkennen, höchstens aus wahltaktischen Gründen. Unter diesen Umständen konnte sich bei den Mandatsträgern kaum ein Lerneffekt einstellen. Die politischen Fähigkeiten wurden nicht geschult und blieben mangelhaft.²⁰⁹

Anzeichen für solche Mängel bei den Karlsruher Stadträten wurden von Schmerbeck notiert. Diese Notizen zeigen, dass der Zentrumspolitiker sich des oben beschriebenen Umstandes bewusst war. Noch im Spätsommer des Jahres 1933 war sein Urteil über die Fä-

²⁰⁶ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Parteipolitik Eintrag zum 24. August 1933.

²⁰⁷ Dass beide o. geschilderten Überlegungen parallel gelaufen sein müssten, bildet keinen Widerspruch. Die Grundorientierung des Zentrums hätte ein Abgleiten ins Chaos im Interesse der Allgemeinheit verhindern müssen, auch wenn dadurch eher unfreiwillig den Nationalsozialisten Hilfe zu leisten war (nationale Arbeit).

²⁰⁸ Innerhalb der NSDAP gab es zum Teil aus Furcht vor der Funktionsunfähigkeit der Verwaltung durchaus Vorbehalte gegen eine allzu schnelle Gleichschaltung vgl. Meinzer: Stationen. S. 180.

²⁰⁹ Beispiele für Baden, darunter auch die das Zentrum betreffende sog. „Ohrfeigenaffäre“, vgl. Schondelmaier: NSDAP. S. 84-100. Als Beispiel für Karlsruhe selbst kann die sog. Rathausschlägerei von 1931 dienen, vgl. Koch: Worch. S. 813.

higkeiten seiner politischen Gegner vernichtend: „*Man gewinnt den Eindruck, dass nach der bish. Zusammensetzung der größte Teil der Bürgerausschussmitglieder der NSDAP für praktische kommunalpol. Arbeit nicht in Frage kommt. Von den Stadträten sind in den Sitzungen bis jetzt nie alle zugegen. Schindler erscheint überhaupt nicht mehr, nachdem er kommunalpol. Referent im Ministerium d. Inneren geworden ist.*“²¹⁰

Auffällig ist, dass auch die Repräsentationspflichten von den Stadträten eher vernachlässigt wurden. Als Beispiel hierfür kann die Einführung des neuen badischen Landesbischofs am 24. Juli 1933 in Karlsruhe dienen. Während mit den beiden katholischen Ex-Zentrumsabgeordneten Schmerbeck und A. Schneider die ehemalige Zentrumsfraktion fast vollständig anwesend war, erschienen seitens der NSDAP nur drei Stadträte und die beiden Bürgermeister. Gerade da es sich um die Einführung eines protestantischen Würdenträgers handelt, erstaunt diese Konstellation.²¹¹

Hinsichtlich der Termindisziplin bestand also offensichtlich ein Problem bei den NSDAP-Politikern. Angesichts der gegenüber Schmerbeck geäußerten Absicht Worchs, die Stadtratsarbeit umzukrempeln („Überhaupt müsse verschiedenes anders werden, es dürfe nicht mehr vorkommen, daß man zwei Wochen allein über Milch rede,²¹² das Führerprinzip müsse stärker herausgestellt werden. Er selbst sei die Fraktion der NSDAP, er führe die Verhandlungen(...).“²¹³), verwundert es nicht sonderlich, dass die NSDAP-Abgeordneten im Stadtrat oft abwesend waren. Ihre Anwesenheit war aus Sicht der Partei nicht notwendig. Durch die Abwesenheit des „Fußvolks“ in diesem Entscheidungsgremium konnte sich die Führung (im Sinne des Führerprinzips) profilieren. Aus dem gleichen Grund plädierte Worch auch für die Abschaffung des Bürgerausschusses, den er „nach der Neuordnung der

²¹⁰ Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Handschriftliche Einträge zum 18. September 1933.

²¹¹ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Eintrag zum 23. Juli 1933.

²¹² Milchversorgung und das städtische Molkereiwesen waren tatsächlich über Monate eine der meistdiskutierten Fragen der Karlsruher Kommunalpolitik. Den in der Praxis wenig geschulten und an der Klärung von Detailfragen nicht interessierten Nationalsozialisten ließ dieses Thema offensichtlich kaum Angriffsmöglichkeiten außer der Anprangerung angeblicher Misswirtschaft.

²¹³ Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Eintrag zum 27. Juli 1933. Allerdings forderte Worch am 28. August „die nächste Bürgerausschußsitzung möglichst mit Stoff zu würzen.“ Die Mitglieder könnten sich sonst „etwas überflüssig vorkommen.“ StaKA 3/B 18a Sitzung vom 28. August 1933. Offensichtlich konnte Worch die Abschaffung des Bürgerausschusses nicht einmal faktisch durchsetzen.

Verhältnisse“²¹⁴ für überflüssig hielt. Eine als Korrektiv beigeordnete zweite Kammer widersprach schließlich dem Führerprinzip grundlegend.

Eine Durchsicht der Protokollberichte des Stadtrats zeigt, dass zumindest ein „harter Kern“ der NSDAP-Fraktion recht durchgängig an den kommunalpolitischen Diskussionen teilnahm. Zum politischen Stil ist anzumerken, dass die Redebeiträge der Abgeordneten häufig aus Hetzreden gegen politische Gegner und Juden bestanden. Diese wurden lediglich der entsprechenden Situation angepasst, das Ergebnis der Diskussion war daher meist ideologisch vorgezeichnet. Zuzubilligen ist den Nationalsozialisten allerdings ein gewisser Lerneffekt. Nach einigen Monaten im Amt waren die Redebeiträge sichtlich besser vorbereitet, unerwartete Nachfragen anderer Abgeordneter (nicht notwendigerweise der Hospitanten) erzwangen nicht mehr so häufig die Vertagung der Debatte. Auch wirkten die Beiträge durch einen stärkeren Bezug zum Diskussionsgegenstand nicht mehr schlicht und platt-propagandistisch.

Bemerkenswert ist die relativ starke Zurückhaltung in den ersten Monaten des Jahres 1933. Die damals noch vergleichsweise kleine Fraktion trat keineswegs übermäßig aggressiv auf, der Stadtrat war somit nicht wie höhere Volksvertretungen Bühne der NS-Propaganda. Mit zunehmender Festigung des Regimes (und der damit einhergehenden Verstärkung der eigenen Fraktion) dominierten die Nationalsozialisten die Debatten sowohl thematisch als auch in Länge und Häufigkeit der Wortmeldungen. Dennoch ist festzuhalten, dass die Hoffnungen des Zentrums auf ein Versagen der Nationalsozialisten in der politischen Praxis nicht völlig aus der Luft gegriffen scheinen mussten. Durch die schlichte Notwendigkeit ihrer eigenen Fähigkeiten hofften die katholischen Politiker evtl. in einflussreichen Positionen zu verbleiben bzw. diese wieder besetzen zu können.²¹⁵

Die Darstellung der NS-Funktionäre in den verwendeten Archivalien deckt sich im Wesentlichen mit den bisherigen Forschungsergebnissen. Das geringe Maß an Professionalität und Koordination wird auch hier immer wieder konstatiert. Auch in Karlsruhe war also die kommunale Selbstverwaltung kein weitgehend unabhängiger Entscheider sondern Ausfüh-

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Die Parallelität dieses Denkens zu den Hoffnungen zahlreicher NSDAP-Mitglieder angesichts der Entnazifizierung stellt sich als Ironie der Geschichte dar, vgl. Reinhard Grohnert: Das Scheitern der „Selbstreinigung“ in Baden, in: Cornelia Rauh-Kühne, Michael Ruck (Hg.): Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie (=Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland Bd. 1). München 1993. S. 283-303, 292.

rungsinstrument obrigkeitlicher Weisungen, letztlich ein Werkzeug eines Führerwillens. Wie sich diese Konstellation auf die Realität der Karlsruher Kommunalpolitik auswirkte, ist Thema des nächsten Kapitels.

5.5 Die Realität der Kommunalpolitik

Ziel der Gleichschaltung des politischen Katholizismus war seine Ausschaltung als Machtfaktor im NS-Staat. Nach der Auflösung seiner Institutionen und dem Ende der anderen demokratischen Parteien auf Reichsebene war seine Handlungsfähigkeit etwa im Reichstag angesichts der überwältigenden Mehrheit der Nationalsozialisten verschwunden. Die wenigen Hospitanten fanden entweder den Weg in die NSDAP oder verließen die Politik, oft auch unter Zwang.

Als Rückzugsgebiet bot sich dem politischen Katholizismus die Kommunalebene an, angesichts der vorangegangenen Ausführungen eine nicht völlig unrealistische Einschätzung der Lage. Wie die politische Tätigkeit der Karlsruher Zentrumsmänner in der Praxis aussah, ist zumindest teilweise zu rekonstruieren.

5.5.1 Die Initiativen des Zentrums

Die praktische Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensumstände ist das Maß, an dem die Kommunalpolitik gemessen wird. Auch und natürlich angesichts der Zeitumstände gerade die Kommunalpolitik der Jahre 1933/34 hatte diese Aufgabe. In gemeinwohlorientierten Fragen versuchte auch die (ab Juli 1933 aufgelöste) Zentrumsfraktion an der politischen Praxis teilzuhaben. Generell betonten die Zentrumsmänner im Rat (auffällig ist neben Schmerbeck v.a. Albert Schneider) die soziale Verträglichkeit der Kommunalpolitik, gelegentlich verwiesen sie auch auf Probleme der Umsetzbarkeit.²¹⁶ In ideologischen Fragen (etwa der Verfolgung von Juden, Marxisten und Homosexuellen) übten sie weitestgehend Zurückhaltung.²¹⁷

²¹⁶ Vgl. etwa StAKa 3/B16a Sitzung vom 1. Juni 1933, 22. Juni 1933 3/B 18 a Sitzung vom 28. August 1933.

²¹⁷ Vgl. ebenda. Sitzung vom 7. September 1933. Allerdings kündigte die Fraktion eine Erklärung zur Umbenennung der Erzbergerstraße an, was von der NSDAP zur Kenntnis genommen wurde, vgl. ebenda außerordentliche Sitzung vom 18. Mai 1933.

Neben der Gemeinwohlorientierung gab es auch anderweitig motivierte Tätigkeit des Zentrums. Aus Sorge um die öffentliche Sittlichkeit sollte der Deckplatz der städtischen Eberzucht den Blicken der Öffentlichkeit entzogen werden.²¹⁸ Ob und mit welchem Ergebnis dieser Antrag behandelt wurde, ist den untersuchten Quellen leider nicht zu entnehmen. Der Antrag an sich verdeutlicht die damalige Situation des Zentrums in Karlsruhe allerdings sehr gut. Innerhalb des Systems (wenn auch in einer relativen Ruhephase im Prozess der Machtergreifung) versuchten die Mandatsträger sich in der praktischen Arbeit für ihre Klientel einzubringen. Die Stellung zu den neuen Machthabern war in dieser Hinsicht von untergeordneter Bedeutung, im Vordergrund stand die genutzte Möglichkeit zur praktischen Mitarbeit.

Eine weitere Initiative beschäftigte sich Mitte Oktober mit der Erweiterung der Duschanlagen an Schmerbecks Arbeitsplatz, der städtischen Gewerbeschule. Ziel war die Verbesserung der hygienischen Zustände in der Schülerschaft, denen so die Gelegenheit zum täglichen „Brausebad“ gegeben werden sollte. Hier liegt eine klare Gemeinwohlorientierung der Maßnahme vor. Oberbürgermeister Fribolin lehnte den Vorschlag allerdings ab, da er im Schulalltag zeitlich nicht unterzubringen sei. Daneben sind aus den Protokollberichten kleinere Vorstöße, oft zu praktischen städtebaulichen Fragen ersichtlich.²¹⁹

Ein weiterer Punkt ist streng genommen nicht als Initiative zu sehen, zeigt aber die geschickte Ausnutzung der Geschäftsordnung durch die Zentrumsmänner. Eine städtebauliche Detailfrage nutzten Schmerbeck und das Bürgerausschussmitglied Sprauer um planmäßig eine grundlegende Debatte über die kommunale Baupolitik herbeizuführen. Der Plan glückte, da die Nationalsozialisten den Punkt entsprechend aufgriffen. Offensichtlich

²¹⁸ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Antrag der Fraktion vom 6. Juni 1933. In den Protokollberichten des Stadtrats wird dieser Antrag nicht erwähnt. Vermutlich wurde über derartige Detailfragen kein zusätzlicher Protokollbericht abgefasst, es blieb wahrscheinlich bei der Behandlung im normalen Sitzungsprotokoll. Da auch solche Fragen von untergeordneter Bedeutung durch Schmerbeck sorgfältig archiviert wurden, ist zu vermuten, dass es tatsächlich außer den in der Folge behandelten Anträgen keine nennenswerten Initiativen des Zentrums gab.

²¹⁹ Vgl. StAKa 3/B 16 Sitzungen vom 26. Mai (Straßenbeleuchtung), 8. Juni und 22. Juni 1933 (jeweils Bärenghege Stadtgarten).

hatten hier einige Parteigenossen ebenfalls Gesprächsbedarf gesehen und waren über die konstruktive Zusammenarbeit sehr erfreut.²²⁰

Sichtbar wird hierbei auch, dass die bereits erfolgte Auflösung des Zentrums keineswegs das Ende der Mitarbeit seiner Vertreter im Stadtrat bedeutete. Diese sahen sich offensichtlich nach wie vor zur Mitarbeit „zum Wohle des Ganzen“ verpflichtet, wie ihr ehemaliger Fraktionsführer Schmerbeck anlässlich seiner Ernennung zum Verbindungsmann der NSDAP-Fraktion bekannte. Seine Äußerungen deuten an, dass er zwar unzufrieden mit der Entwicklung war, sich aber dennoch den Realitäten der Zeit stellte.²²¹

Festzuhalten bleibt, dass Initiativen des Zentrums nur in geringem Umfang nachweislich erfolgreich waren. Unmöglich war es für die Vertreter des Zentrums allerdings nicht, Prozesse anzustoßen oder ihre Meinung zu äußern.

Deutlich wird allerdings die vorhandene Bereitschaft zur Verteidigung des konfessionellen Besitzstandes durch das Zentrum. Als Beispiel hierfür kann die Diskussion über die von den Nationalsozialisten beabsichtigte Zusammenlegung von Sportvereinen dienen, die in deren Augen zur Schaffung der „Volksgemeinschaft“ nötig war.²²² Schmerbeck führte zugunsten der somit ebenfalls bedrohten konfessionellen Sportvereine alle ihm noch verfügbar erscheinenden Mittel ins Feld. Neben der konkordatären Absicherung der Jugendverbände verwies er darauf, dass solche Probleme „nicht lokal gelöst werden“ könnten, vielmehr „in Verhandlungen der zuständigen Stellen zentral geregelt werden“ müssten. Schon „das Ansehen der Stadt verlange rechtmäßiges Vorgehen.“²²³ Letztlich waren aller-

²²⁰ Worch äußerte Schmerbeck gegenüber, dass es erfreulich sei, „dass man sich jetzt ohne persönliche Spitzen und Gehässigkeiten über das Wohl der Stadt unterhalten könne.“, Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik, maschinenschriftlicher Eintrag zum 27. Juli 1933.

²²¹ „Die Situation sei nun für die nächste Zeit geklärt. Die Parteien gehörten der Vergangenheit an.“, StAKa 3/B 18a Sitzung vom 13. Juli 1933.

²²² Worch äußerte in diesem Zusammenhang ausdrücklich: „Wenn die Vereine nicht bockig (!) wären, wäre das Zusammengehen im Sinne der Volksgemeinschaft viel leichter.“ Ebenda. Sitzung vom 12. Oktober 1933.

²²³ Ebenda. Wahrscheinlich hoffte er durch Befassung hoher kirchlicher Stellen mehr Möglichkeiten zu erlangen.

dings diese Bemühungen erfolglos, da der Stadtrat den zur Debatte stehenden Sportvereinen wie beabsichtigt fristgemäß die zur Nutzung überlassenen Sportplätze kündigte.²²⁴

Interessant ist der hier sichtbare Eifer bei der Verteidigung der eigenen Klientel. Ebenso bezeichnend ist allerdings die völlige Aussichtslosigkeit in dieser Mitte Oktober 1933 geführten Debatte, in der auch das erst wenige Monate zuvor unterzeichnete Konkordat sich als nutzlos erwies.

5.5.2 Die Stadtratstätigkeit als Hospitant der NSDAP-Fraktion

Trotz der seltenen Bestätigung, die sie in ihrer Arbeit erfuhren, schien den Zentrums Männern zumindest ein Rest politischer Handlungsfähigkeit erhalten geblieben zu sein. Zum Kerngeschäft der Kommunalpolitiker zählten neben den Ratssitzungen auch die Verwaltungs- und Aufsichtsratsstätigkeit in kommunalen Unternehmen und Einrichtungen (Durlacher Turmbergbahn, Staatstheater, Sparkasse u.a.) und repräsentative Aufgaben bei zahlreichen gesellschaftlichen Ereignissen. Zu ersteren ist lediglich zu bemerken, dass, sofern die Zentrums Männer hier Posten bekleideten, sie zum Teil recht bald wieder aus diesen Ämtern entfernt wurden.²²⁵

Interessanter zeigen sich die repräsentativen Anlässe. Neun Veranstaltungen sind nachweisbar, an denen Schmerbeck z.T. zusammen mit anderen Stadträten (sowohl der NSDAP als auch Lang) als Vertreter der Stadt teilnahm. Diese Teilnahme beruhte meist auf (z.T. äußerst kurzfristigen und mit Eilvermerk versehenen) Benachrichtigungen des Bürgermeisterramtes. Die reine Menge dürfte daher nicht ausgereicht haben, um die Zentrums Männer über Gebühr zu beanspruchen und zu zermürben, worin zunächst ja ein Interesse der NSDAP bestanden haben könnte.

²²⁴ Vgl. ebenda. Die Vorgehensweise stellt zudem ein interessantes Beispiel für die Technik der Gleichschaltung dar.

²²⁵ Im Falle Schmerbecks sind die entsprechenden Anordnungen des OB im Nachlass Ordner Kommunalpolitik erhalten. Ob die anderen Stadtverordneten vergleichbare Ämter bekleideten und ob sie ebenfalls entpflichtet wurden, ist nicht nachweisbar. Angesichts der personellen Verkleinerung des Stadtrats und der erst später nachfolgenden Verkleinerung der entsprechenden Aufsichtsräte ist allerdings davon auszugehen.

Größere Beachtung verdienen die Veranstaltungen selbst. In Wortwahl und Stil spiegeln sie die zunehmende nationalsozialistische Durchdringung der Gesellschaft wieder.²²⁶ Bemerkenswert ist, dass Schmerbeck auch zu Veranstaltungen von Gliederungen der NSDAP geschickt wurde. Ein hervorstechendes Beispiel bietet hier die „Grenzlandkundgebung des Kampfbundes der Deutschen Architekten und Ingenieure“ und das „Kameradschaftstreffen des Reichstreuebundes der ehemaligen Berufssoldaten“.²²⁷ Die Tatsache, dass der Bundespräsident Franz Schwede eine prominente Persönlichkeit innerhalb der NSDAP war,²²⁸ legt nahe, dass die Entsendung des Fraktionshospitanten Schmerbeck gerade zu diesen Veranstaltungen kein Zufall war. Wahrscheinlich versuchten die NSDAP-Funktionäre auf diesem Wege Eindruck zu machen, der entweder zur bewundernden oder verängstigten Selbstgleichschaltung führen sollte. Selbstverständlich fehlten bei den genannten Veranstaltungen nicht die stilbildenden militaristischen Aufmärsche.

Ein Arbeitsfeld scheint den Zentrumsmännern aber vorbehalten geblieben zu sein. In einem Brief vom 17. November 1933 bat der Bürgermeister die beiden Stadträte Schmerbeck und Karl Schneider, ihn beim Fest einer Kirchengemeinde zu vertreten. Somit wurden gleich zwei ehemalige Zentrumsmänner zu einer eindeutig katholischen Veranstaltung entsandt.²²⁹ Der katholischen Bevölkerung konnte so gezeigt werden, dass ihre Vertreter immer noch Sitz und Stimme in den politischen Gremien hatten, auch wenn diese weitestgehend wertlos geworden waren.

In der Bevölkerung gab es Vertreter der Ansicht, in den Zentrumsmännern durchaus noch Fürsprecher zu besitzen. Offensichtlich hoffte man bei ihnen auch auf Hilfe bei Problemen mit den neuen Machthabern. Von dieser Hoffnung zeugen mehrere Briefe an den ehemaligen Zentrumsmann Schmerbeck. Der Schein einer Kontinuität blieb also gewahrt.

²²⁶ Die Prozessionsordnung zur Einführung des neuen Landesbischofs nannte sich „Aufmarschplan“, die Lehrer mussten zu einer Kundgebung zum Thema „Das Weltbild des Nationalsozialismus“. Auch der „Frühjahrsangriff in der Arbeitsschlacht“ war ein Pflichttermin.

²²⁷ Vgl. die jeweiligen Einladungen im Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik.

²²⁸ Schwede war der erste jemals von der NSDAP gestellte Bürgermeister. Ab 1935 durfte er dementsprechend den Beinamen Coburg führen.

²²⁹ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Brief OB an Schmerbeck vom 17. November 1933.

5.6 Der Anschein politischen Einflusses

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten ging naturgemäß mit einem groß angelegten Revirement in den Führungspositionen von Staat und Verwaltung einher. Oppositionelle wurden dabei ausgeschieden, andere Amtsinhaber verloren ihre Posten zugunsten von Nationalsozialisten. Verständlicherweise wollten sich einige Betroffene nicht damit zufriedengeben, schließlich war in einigen Fällen dadurch die jeweilige Existenz bedroht. Sie hofften auf wirksame Interventionen.

Ein exemplarisches Beispiel hierfür bietet der Fall des Ladenburger Bürgermeisters Hermann Hagen. Der Zentrumsmitglied und Angehöriger der Karlsruher Stadtverwaltung war vor 1933 als kommissarischer Bürgermeister in die Kleinstadt Ladenburg abgeordnet worden. Im Zuge der Gleichschaltung wurde das Bürgermeisteramt einem Nationalsozialisten übertragen, Hagen stand somit ohne Verwendung da. Ausgestattet mit äußerst positiven Referenzen seitens der regionalen Parteistellen bemühte er sich um die Wiedereinstellung in Karlsruhe. Seinen langjährigen Windthorstbund-Kameraden Schmerbeck bat er hierbei um vermittelnde Unterstützung.²³⁰

Dessen Intervention scheint laut einem weiteren Brief erfolgreich gewesen zu sein. Allerdings unterlag die Wiedereinstellung einem Nichtbeförderungsvorbehalt, worüber sich Hagen bei Schmerbeck beklagte und um weitere Bemühungen bat. Diese Bemühungen waren aber fruchtlos. Noch fast drei Monate später ersuchte Hagen seinen Freund nochmals um Unterstützung bei einer Beförderung auf eine offene Stelle als Standesbeamter. Auch hier ist wohl davon auszugehen, dass die Stelle aufgrund der höheren Besoldungsstufe nicht an Hagen vergeben wurde.

Der Fall Hagen hinterlässt kein eindeutiges Bild davon, welcher Einfluss den Zentrumsleuten in ihrem Amt geblieben war. Die Tatsache, dass ein Zentrumsmitglied bei einer Wiedereinstellung als Beamter berücksichtigt wurde, ist nicht notwendigerweise auf die Intervention Schmerbecks zurückzuführen. Angesichts der massiven Umbildung des Beamtenapparats dürften durchaus Positionen frei gewesen sein, etwa durch die Auswirkungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Von den durch diese Verordnung erfolgten Stellenverlusten waren die Zentrumsmitglieder schließlich nur in geringerem Maße betroffen. Ein Zentrumsmitglied mit entsprechenden Referenzen von Parteistellen

²³⁰ Vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Briefwechsel in Sachen Hagen ab 13. Juni 1933 bzw. im Folgenden auch Brief Hagen an Schmerbeck vom 11. September 1933.

konnte vermutlich durchaus noch unterkommen.²³¹ Schädlich war die Intervention Schmerbecks in diesem Falle nicht.²³² Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eher die Tatsache, dass selbst ein ehemaliger Bürgermeister noch im September 1933 auf deren Wirksamkeit hoffte. Offensichtlich bestand noch weiterhin der verbreitete Eindruck, dass die Hospitanten innerhalb der NSDAP-Fraktion Einfluss besäßen und ausüben könnten. Auch andere Fälle bestätigen diesen Eindruck. Noch im Herbst erreichten Schmerbeck weitere Bitten um Einflussnahme, neben einer Bitte eines städtischen Bediensteten auch Briefe des Reichsbahners Greiner. Dieser schilderte zunächst, wie er aufgrund seiner politischen Ansichten von Nationalsozialisten verfolgt wurde. In einem weiteren Brief teilt er Schmerbeck mit, dass er sich unter Druck pensionieren ließ. Allerdings entsprach die Höhe der Pension nicht seiner vorherigen Besoldungsstufe. Ähnlich gelagert war auch der Fall des Staatsobersekretärs Messmer, der aufgrund seiner „nichtarischen Abstammung“ benachteiligt werden sollte.

Allen Fällen ist gemein, dass sie neben der wachsenden Bedrängnis auch die Verzweiflung von politisch Verfolgten schon in der Anfangsphase des NS-Regimes zeigen. Genauso verhält es sich mit der Ansicht, dass eine Intervention seitens eines ehemaligen Zentrums-politikers für sie nicht völlig aussichtslos wäre.

Dass diese Hoffnung durchaus berechtigt sein konnte, zeigt ein in den Stadtratsprotokollen nachweisbarer Fall eines Handwerkers, der vom Ausschluss aus der Berufsgenossenschaft bedroht war. Diese Strafe hätte die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an diesen unmöglich gemacht. In Zeiten der Wirtschaftskrise, also bei eingeschränkter privater Bautätigkeit, stellte sich für den Betrieb somit die Überlebensfrage. Im Stadtrat verwendeten sich die Räte Schmerbeck und (interessanterweise) der NSDAP-Politiker Mannschott zugunsten des Unternehmers. Da der betroffene Handwerker offensichtlich nahezu allen Stadträten persönlich bekannt und gut beleumundet war, entschloss sich das Gremium zu einer begünstigenden Intervention.²³³

²³¹ Hierzu etwa H. Krone, der äußerte, dass die Nationalsozialisten diesen z.T. mehr vertrauten als den sog. „Märzgefallenen“, vgl. Nachlass Schmerbeck Ordner Parteipolitik Brief Krone an Schmerbeck vom 21. Juni 1933, vgl. auch Wehler: Nationalsozialismus. S. 61.

²³² Vorstellbar wäre ja durchaus, dass die NS-Führung aus Furcht vor potentieller Blockbildung in der Verwaltung Interventionen von Seiten des Zentrums bewusst nicht berücksichtigte.

²³³ Vgl. StAKa 3/B 18a Sitzung vom 10. November 1933. Ein weiteres Beispiel für eine erheblich weitergehende erfolgreiche Intervention seitens des ehemaligen Zentrumsministers Beyerle bietet der Fall des aus dem KZ entlassenen Jungzentrumsmannes Anton Huber aus Württemberg, vgl. Anton

Die scheinbare Kontinuität, die mit den Hospitanten aus den Reihen des Zentrums vorgegaukelt werden sollte, wurde von der Öffentlichkeit also bis zu einem gewissen Grad so wahrgenommen, die Taktik zeigte sich erfolgreich.

Man traute den Zentrums Männern noch lange Zeit (bis in den November 1933) eine gewisse Handlungsfähigkeit zu. Dafür sprechen nicht nur die Kontakte zu Regimeopfern, die zum Teil keine andere Möglichkeit mehr sahen.²³⁴ Allerdings wurden sie auch als Vertreter einer Opposition (wenn auch innerhalb des Systems) wahrgenommen, als Ansprechpartner bei Konflikten mit dem herrschenden System. Sie konform in die „Bewegung“ zu überführen war den Nationalsozialisten also nicht gelungen, offensichtlich war den Menschen auch nicht dieser Eindruck vermittelt worden.

Angesichts der bereits vorgenommenen harten Maßnahmen gegen Vertreter und Organisationen des politischen Katholizismus muss es ungemein verwundern, dass diese nach wie vor als Hospitanten geduldet wurden. Dass sie aber von Verfolgten des Regimes als Ansprechpartner gesehen wurden, ist unter diesem Gesichtspunkt sogar eher verständlich.

Huber: Über den politischen Katholizismus, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 2 1983. S. 155-160, 157.

²³⁴ Vgl. die Einladung zur Besichtigung eines Bauprojektes, dass Schmerbeck als Mitglied des Bauprüfungsausschusses von einem Bauunternehmer erhielt, Nachlass Schmerbeck Ordner Kommunalpolitik Brief Oertel an Schmerbeck vom 18. Oktober 1933.